

P R O T O K O L L
der 394. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 23. Oktober 2018
Zeit	19.30 – 20.35 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Herren Jennifer
Mitglieder	Anrig Marc (ab 20.25 Uhr), Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bircher Laura, Brenni Gino, Brunner Joe, Buff Ronald, Corti Andrea, Grütter K. Urs, Gubler Matthias, Humm Martin, Klopstein Carole, Kohler-Köhle Andreas, Lehni Laura, Mäder Renate, Messerli Patricia, Racine Raphael, Reimers Markus, Rösli Patrick, Schmid Eva, Schmitter Beat, Schnyder Isabel, Siegenthaler Muinde Gabriele, Spycher Christian, Stettler Jürg, Waldherr-Marty Petra, Thut Walter, von Gunten Adrian, Weibel Raphael, Zloczower Emanuel
Stimmenzählende	Messerli Patricia, von Gunten Adrian
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident Bärtschi Markus, Häusermann Martin, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Pedinelli Stotz Daniela, Wegmüller Beat
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Rutschi Reto, Finanzverwalter
Entschuldigt abwesend	GGR: Aebersold Jürg, Bärtschi Daniel, Grubwinkler Christa, Hennache Lamya, Jordi Kevin, Lauper Reto, Legler Bettina, Lütolf Roland, Schneider Beat
Protokoll	Bühler Corina, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte 8

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 21. August 2018	233
2	Finanzkommission; Ersatzwahl	233
3	Finanzen	234
	A) Genehmigung des Investitionsplans 2018 - 2023	
	B) Genehmigung des Budgets, der ordentlichen Gemeindesteueranlage, der Liegenschaftssteuer und der Feuerwehrpflichtersatzabgabe für das Jahr 2019	
	C) Kenntnisnahme des Finanzplans 2018 - 2023	
4	Sanierung Haldenweg; Verpflichtungskredit	244
5	Postulat forum betreffend Risikominimierung Pensionskasse; Zwischenbericht	245
6	Postulat Racine (SP): "Nimm eins, bring eins": Ja zu offenen Bücherschränken; Zwischenbericht	245
7	Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	246
8	Neue parlamentarische Vorstösse	246

Die Vorsitzende eröffnet die 394. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 30 Ratsmitgliedern fest. Sie begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreter der Presse sowie den Gast. Sie bemerkt, dass man sich angesichts des Fussballevnts von heute Abend um eine kurze Sitzung bemühe. Der Spielstand werde im Auge behalten und ab und zu durchgegeben (*Anmerkung: YB:Valencia; Champions League*).

Aus der Verwaltung zur Auskunftserteilung zum Traktandum 3 sei Reto Rutschi, Finanzverwalter, anwesend.

Traktandenliste

Gegen die ergänzte Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Protokoll der Sitzung vom 21. August 2018

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 Finanzkommission; Ersatzwahl

Die Vorsitzende führt aus, die SP Muri-Gümligen schlage als Ersatz für den verstorbenen Ruedi Waber für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Finanzkommission Madeleine Dirren, Eidg. Dipl. Bankfachfrau, Eidg. Dipl. Wirtschaftsprüferin, Thunstrasse 126 A, 3074 Muri bei Bern, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Madeleine Dirren wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Finanzkommission gewählt.

3

Finanzen

A) Genehmigung des Investitionsplans 2018 - 2023

B) Genehmigung des Budgets, der ordentlichen Gemeindesteueranlage, der Liegenschaftssteuer und der Feuerwehrpflichtersatzabgabe für das Jahr 2019

C) Kenntnisnahme des Finanzplans 2018 - 2023

Die Vorsitzende verweist auf die vorliegenden Unterlagen. Am 16. Oktober 2018 habe eine Informationsveranstaltung stattgefunden. Diese sei von zwölf Ratsmitgliedern besucht worden. Ebenfalls anwesend seien Vertreter aus der Verwaltung und mehrere Gemeinderäte gewesen. Es sei eingehend und verständlich durch Thomas Hanke und Reto Rutschi informiert worden. Zudem seien zahlreiche Fragen beantwortet worden. Sie verdanke an dieser Stelle den informativen Anlass. Zum Budget 2019 habe Raphael Racine einen Antrag gestellt. Der Antrag sei den Ratsmitgliedern am 22. Oktober 2018 per E-Mail zugestellt worden.

Zur Erteilung von Auskünften sei Finanzverwalter Reto Rutschi anwesend.

Christian Spycher führt aus, die GPK empfehle dem Grossen Gemeinderat einstimmig, den vom Gemeinderat beantragten Beschluss zu unterstützen. Dies heisse, den Investitionsplan 2018 - 2023 und das Budget 2019, das mit einem Aufwandüberschuss von CHF 265'600.00 im Gesamthaushalt rechne, zu genehmigen sowie den Finanzplan 2018 - 2023 zur Kenntnis zu nehmen.

Die GPK habe sich den Investitionsplan 2018 - 2023, das Budget 2019 und den Finanzplan 2018 - 2023 von Gemeindepräsident Thomas Hanke und von Finanzverwalter Reto Rutschi ausführlich erläutern lassen. Im Rahmen ihrer Beratung habe die GPK die Gemeindefinanzen, welche heute zur Diskussion vorliegen würden, detailliert unter die Lupe genommen. Das Budget 2019 sei kapitelweise geprüft worden. Den Budgetprozess nehme die GPK dahingehend wahr, dass die Anstrengungen in den letzten Jahren inkl. Terminvorgaben der einzelnen Verantwortlichen optimiert werden konnten. Die GPK verdanke die ausgezeichnete Arbeit von Herrn Reto Rutschi und seinem Team wie auch der Finanzkommission.

Da immer wieder etwas Unvorhersehbares passiere, sei es die grosse Aufgabe, den jährlichen Investitionsbedarf von ca. CHF 8 Millionen zu planen und zu realisieren. In diesem Zusammenhang müsse man den Selbstfinanzierungsgrad im Auge behalten. Dieser solle auf einer angemessenen Ebene gehalten werden. Mit den grössten «Brocken» Schulhaussanierungen bis im Jahr 2023 mit CHF 15 Millionen und dem Gemeindehaus mit CHF 13 Millionen in den Jahren 2022 - 2023 stelle dies eine Herausforderung dar. Das Thema betr. dem Verschuldungsgrad werde der Gemeinderat und die Finanzkommission in den nächsten Sitzungen diskutieren und mit den Vergleichszahlen die Auswirkungen analysieren. Zusammenfassend habe die GPK die wesentlichen Eckwerte

- den Investitionsplan 2018 - 2023; Gesamtvolumen von CHF 54,5 Millionen, dies heisse gegenüber dem Vorjahr 1,3 Millionen weniger,
- den Vergleich zum Budget 2018; es sei ein Fiskalertrag von CHF 1,1 Millionen mehr vorgesehen. Dies heisse CHF 47,5 Millionen,
- den Finanzplan 2018 - 2023, in welchen man mit einem leicht positiven Ergebnis rechne,

entgegengenommen. Er verweise auf die detaillierten Zahlen im Bericht.

Thomas Hanke erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, dass das zum vierten Mal nach dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2) erstellte Budget 2019 im allgemeinen Haushalt bei unveränderter Steueranlage von 1,2 einen Aufwandüberschuss von CHF 86'700 vorsehe.

Für das Jahr 2019 könne zum fünften Mal in Folge ein Budget mit einem - mit Blick auf das Gesamtvolumen von rund CHF 69,4 Millionen - geringen Aufwandüberschuss erstellt werden. Mit Blick auf dieses Gesamtvolumen dürfe das Ergebnis als zufriedenstellend bezeichnet werden, zumal es auch auf einem stolzen Nettoinvestitionsvolumen basiere.

Gegenüber dem Budget 2018 stelle der Gemeinderat folgende Punkte fest:

- Steueranlagen bleiben unverändert.
- Eine Besserstellung von CHF 786'730 im allgemeinen Haushalt resultiere.
- Das Resultat sei eine rote Null.
- Die Nettoinvestitionen betrügen wie im Vorjahr CHF 8,3 Millionen.

Wie es der GPK-Sprecher bereits erwähnt habe, basiere der Mammutanteil dieses Ergebnisses auf dem Fiskalertrag, welcher um CHF 1,1 Millionen höher budgetiert wurde. Dies basiere auf Erfahrungen aus den Vorjahren. Gegen Ende Jahr mache die Steuerverwaltung Veranlagungen aus dem Vorjahr. Dabei habe die Gemeinde viermal nacheinander Glück gehabt, dass diese, wie gehofft, "nach Oben" gingen. In einem Jahr erhielt die Gemeinde auch die Mitteilung, dass CHF 2,7 Millionen abgeliefert werden müssen. Für solche Sachen habe man jedoch noch "Spatzung" mit den finanzpolitischen Reserven und dem Eigenkapital. Die anderen Abweichungen gegenüber dem letzten Jahr seien Punktlandungen:

- Personalaufwand + 0,5 %. Darin sei auch der Teuerungsanteil enthalten, über den der GR noch entscheiden müsse.
- Sach- und übriger Betriebsaufwand + < 0,1 % (+ CHF 7'200.00).

In den Augen der Finanzkommission wie auch des Gemeinderats sei das Budget mehr als vertretbar. Das Resultat sei auch der sorgfältigen Budgetierung zu verdanken. Die Aufwand- und Ertragspositionen seien aktiv bewirtschaftet worden. Bei den Finanzkennzahlen werde u.a. im Jahr 2019 der Selbstfinanzierungsgrad mit knapp 40 % prognostiziert. Das dies mittelfristig zu Problemen führen könne, sei dem GR bewusst und er werde die Entwicklung dieser Kennzahl nicht nur genauestens beobachten, sondern diese Frage bzw. die Frage nach der "stimmigen" Verschuldung aktiv angehen. Die Finanzkommission habe den entsprechenden Auftrag erhalten. Für das Jahr 2019 sehe der Gemeinderat jedoch davon ab, Investitionen zurückzustellen. Zusammen mit den Konsequenzen aus den kantonalen Steuergesetzrevisionen, über welche Ende November abgestimmt werde, und dem STAF-Projekt des Bundes (USR III-Nachfolgeprojekt) werde es die Aufgabe des Gemeinderats sein, dem Parlament oder allenfalls dem Stimmvolk ausgewogene Budgetvorlagen zu unterbreiten. Mit der beantragten gleichbleibenden Steueranlage wahre die Gemeinde Muri bei Bern zudem die Attraktivität als eine der steuergünstigsten Standorte im Kanton Bern.

Die Investitionsrechnung sehe für das kommende Jahr 2019 Nettoausgaben im Umfang von CHF 8,3 Millionen vor. Die wichtigsten Abweichungen gegenüber dem letztjährigen Investitionsplan seien im Plan auf Seite 2 in Ziff. 3 aufgelistet. Zudem sei daraus ein klares Bekenntnis zur Werterhaltung bzw. Wertvermehrung u.a. der Schulliegenschaften ersichtlich. Dies erfordere in den Augen des Gemeinderats alljährliche Investitionen von bis zu CHF 10 Millionen. Den Unterlagen könne entnommen werden, dass ein Investitionsvolumen von nahezu CHF 54,5 Millionen ausgewiesen sei, was einen jährlichen Schnitt von CHF 9,1 Millionen ergebe. Die höchsten Investitionen stünden in den Jahren 2020 und 2022 an. Mit dem vorliegenden Investitionsplan gebe der Gemeinderat auch sein Bekenntnis ab, dass die Gemeinde in der Regel jährlich, soweit die Finanzierung gesichert sei, durchschnittlich rund CHF 8 Millionen investieren wolle, um ihre Attraktivität halten zu können. Die Finanzplanung zeige eine stabile Entwicklung des Finanzhaushaltes in den kommenden Jahren. So erwarte man finanzplanmässig ab 2020, bei gleichbleibender Steueranlage, kleine Überdeckungen von durchschnittlich 0,1 Steueranlagezehnteln. Dies liege in einem absolut vertretbaren Streubereich. Auch die Rechnung 2018 werde gemäss dem heutigen Stand besser als mit dem budgetierten Defizit von CHF 873'430 abschliessen. In einer Gesamtbetrachtung könne insgesamt festgestellt werden, dass bei gleichbleibender Steueranlage in etwa ausgeglichene Jahresrechnungen zu erwarten seien.

Ein Augenmerk gelte es auf folgende zwei Aspekte zu richten:

- tiefe Selbstfinanzierung
- Anstieg der Schulden, da zu wenig cash flow

Die Gemeinde Muri bei Bern dürfe weiterhin für sich in Anspruch nehmen, dass sie ihren Finanzhaushalt nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Weitsichtigkeit führe. Der Gemeinderat von Muri bei Bern zeige mit dem Budget 2019 und dem Investitionsplan 2018 - 2023 auf, dass auch in Zukunft alles darangesetzt werde, damit die Gemeinde äusserst attraktiv bleibe. Er danke allen, die an diesem Geschäft produktiv mitgearbeitet haben.

Die Vorsitzende erklärt, dass sich die Eintretensfrage bei diesem Geschäft nicht stelle, da der Voranschlag zwingend durch den GGR beraten werden müsse. Zur Beratung schlage sie folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen zum Gesamtpaket, Detailberatung in folgender Reihenfolge: Investitionsplan 2018 - 2023 kapitelweise, Budget 2019 kapitelweise, Finanzplan 2018 - 2023. Wie sie bereits erwähnt habe, habe Raphael Racine einen Antrag zum Budget 2019 gestellt. Der Antrag betreffe den Budget-Posten 3290.3130.01 (Bundesfeier). Sie werde in der Detailberatung beim entsprechenden Konto Gelegenheit geben, zum Antrag Stellung zu nehmen. Zuerst werde sie dem Antragsteller Raphael Racine das Wort erteilen, anschliessend dem zuständigen Gemeinderat Beat Wegmüller und dann das Wort für weitere Wortmeldungen freigeben.

Es werden keine Einwände gegen dieses Vorgehen erhoben.

Fraktionserklärungen:

Daniel Arn erklärt namens der FDP-Fraktion, dass am Info-Anlass vom 16. Oktober 2018 für den GGR Finanzverwalter Reto Rutschi die drei Dokumente Budget 2019, Investitionsplan 2018 - 2023 sowie Finanzplan 2018-2023 vorgestellt habe.

Im Namen der FDP-Fraktion spreche er hier nochmals ein grosses Dankeschön für die hervorragend aufbereiteten Zahlen aus, meistens bezogen auf die Übersichtlichkeit. Der Investitionsplan vom allgemeinen Haushalt 2018 - 2023 sehe eine durchschnittliche Investitionssumme von CHF 9 Millionen pro Jahr vor. Dies mache für den Zeitraum 2018 - 2023, wie bereits von Gemeindepräsident Hanke erwähnt worden sei, rund CHF 54,5 Millionen aus. Anzufügen sei, dass alleine für die Sanierung des Verwaltungsgebäudes rund CHF 13 Millionen eingestellt worden seien. Weiter sei festzuhalten, dass mit der Genehmigung des Investitionsplans noch nichts freigegeben sei. Ein Plan sei ein Plan und nur ein Plan.

Mit dieser Summe baue/saniere die Gemeinde nicht auf Vorrat, sondern man werde der Werterhaltung gerecht. Es wolle ja niemand, dass die Gemeinde verlottere. Dem Budget 2019 habe die FDP-Fraktion nichts beizufügen. Es seien keine Überraschungen und unerklärbare „Ausreisser“ gefunden worden. Die FDP-Fraktion werde dem Budget zustimmen.

Der Finanzplan 2018 - 2023 gäbe ein bisschen mehr zu diskutieren. Auf Anhieb steche die Verschuldung per Ende 2023 in der Höhe von CHF 53 Millionen ins Auge. Auf den zweiten Blick relativiere sich die Situation wieder.

Die Investitionen mit substantiellem Charakter würden uns als Gemeinde weiterbringen und die aktuelle Zinssituation erlaube uns heute langfristige Engagements zu ansprechenden Bedingungen einzugehen. Zudem wachse mit den Investitionen auch die Aktivseite. Eine kleine Anmerkung: Bei den Hochbauten habe die Gemeinde einen Versicherungswert im Verwaltungsvermögen von rund CHF 150 Millionen. Zudem verfüge die Gemeinde über eine ansprechende finanzpolitische Reserve im Eigenkapital, was auch als gewisse Absicherung von allfälligen Schwankungen diene. Gerade auch dieser Umstand helfe uns, unsere Steueranlage nicht zu verändern. Nicht einmal das Tafelsilber müsse "angeknabbert" werden.

Sollten wirklich die Steuereinnahmen einbrechen, dies wisse man nie, plötzlich habe man wieder eine Rezession, dann könne jederzeit im Rahmen der Budgetierung sowie der rollenden Finanzplanung korrigierend eingeschritten werden und im schlimmsten Falle Projekte neu priorisiert werden.

Die FDP-Fraktion empfehle, den vorliegenden Investitionsplan und das Budget zu genehmigen und den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen.

Isabel Schnyder erklärt seitens der SP-Fraktion, dass die Finanzen ein Spezialgebiet ihres geschätzten Kollegen Ruedi Waber gewesen seien. Um die fachliche Lücke füllen zu können, habe sich die SP ins Thema hineingekniet.

Als Erstes falle auf, dass die Gemeinde ein ausgeglichenes Budget ausweise, dies sei trotz der eher hohen Schuldenlast erfreulich. Die geplanten Investitionen, insbesondere im Bildungsbereich, schienen angebracht, notwendig und zukunftsorientiert. Die grosse Arbeit, welche in der Gemeinde geleistet werde, verdanke sie an dieser Stelle.

Trotzdem werde die Möglichkeit für weitere zukunftsweisende Investitionen gesehen.

Die rote Null welche die Gemeinde habe, stelle aus Sicht der SP eine verpasste Chance der aktiven Wohn- und Gewerbepolitik der Gemeinde dar. Trotz der vielen Projekte wie der Zentrumsentwicklungen in Gümligen und Muri werde es verpasst, sich nicht nur planerisch und gestalterisch einzuschalten, sondern sich auch dort selbst aktiv in die Lebensraumgestaltung einzubringen.

Mit Blick auf die Schulden und dem eher tiefen Selbstfinanzierungsgrad würden Investitionen in Bauvorhaben ermöglichen, später Einnahmen zu generieren. Ausserdem solle zur Verbesserung der Situation nicht auf Investitionsseite zurückgeschraubt werden, sondern auf der Einnahmeseite reagiert werden. Über kurz oder lang solle gleichwohl eine Steuererhöhung ins Auge gefasst werden.

Eine Randbemerkung zum Schluss: Dank den ausgeglichenen Zahlen werde die Gemeinde ein Gesuch zur Gemeindefusion mit der Stadt Bern wohl noch nicht in naher Zukunft beschäftigen.

Urs Grütter führt namens der SVP-Fraktion aus, dass er die Vertretung des Fraktionschefs übernehme, welcher in seinen verdienten Ferien sei. Somit dürfe er zu diesem Traktandum Stellung nehmen. Er könne sagen, dass die Fraktion das Budget und den Investitionsplan unterstützen werde, und zwar so wie es vom Gemeinderat vorgelegt worden sei. Zwar nicht aus der Erkenntnis, dass es sachlich dem Parteiwillen wunderbar entsprechen würde, sondern aus der Kenntnis heraus, dass es wahrscheinlich der einzige tragbare Kompromiss in der Gemeinde sei. Diesen wolle die Fraktion nicht hintertreiben, auch wenn einzelne Punkte anders gesehen würden. Schliesslich solle ein Budget mehrheitsfähig sein. Die Fraktion erachte das Budget als tragbar und mehrheitsfähig. Die SVP-Fraktion wolle nicht quer reinschiessen.

Carole Klopffsein führt aus, auch die Fraktion der Grünen bedanke sich beim Gemeinderat für das saubere Budget sowie den Investitions- und den Finanzplan. Zudem verdanke sie die Informationsveranstaltung, welche von den Fraktionsmitgliedern sehr geschätzt werde. Die Grünen konnten im Budget 2019 wie auch im Finanzplan keine größeren Punkte ausmachen, welche störend oder unklar seien.

Sie möchte dieses Votum jedoch trotzdem nutzen, um eine Äusserung bezüglich des Investitionsplans abzugeben. Es sei ausserordentlich schade, dass die anstehenden Investitionen relativ wenig resp. gar keinen Raum für Projekte zuließen, welche nicht zu 100 % notwendig seien. Wie aus der Interpellation Kneubühler aus dem Jahr 2013 hervorgehe, scheine dieses Problem nicht erst seit heute zu bestehen, sondern sei bereits vor einigen Jahren angesprochen worden. Aufgrund der dringend anstehenden Sanierungen an gemeindeeigenen Liegenschaften müssten andere durchaus sehr sinnvolle Projekte hintenanstehen. Namentlich denke sie an die Solaranlage auf dem Schulhaus Aebnit, welche ursprünglich geplant war, jedoch vor einem Jahr zurückgehalten, resp. sistiert worden sei. Auch sie störe der niedrige Selbstfinanzierungsgrad. Es sei auch störend, dass an der von der Gemeinde selbst gesetzten Schuldengrenze

von CHF 50 Millionen gekratzt werde. An der Informationsveranstaltung der Gemeinde sei mitgeteilt worden, dass die Gemeinde über relativ viele stille Reserven verfüge. Dies sei absolut lobenswert, sie möchte jedoch nicht, dass diese Reserven aufgelöst werden, resp. dass das Tafelsilber verhökert werde, um dadurch die fehlende Investitionsflexibilität mit mehr Einnahmen in den Griff zu bekommen.

Sie seien sich sicher, dass es langfristig die nachhaltigere und auch zielführendere Strategie sei, die Infrastruktur der Gemeinde auf einem Top-Niveau zu halten. Dies führe auch dazu, die Gemeindeattraktivität zu erhalten oder sogar zu steigern. Das Credo der steuergünstigsten Gemeinde des Kantons Bern sei für sie nicht ganz so wichtig. In Anbetracht der Tatsache, dass man unter Umständen Liegenschaften verlottern lassen würde wäre absolut kontraproduktiv.

Es sei deshalb wünschenswert, dass die Gemeinde das Manko mit den Investitionen in Zukunft aufhebe. Investitionen sollen so geplant werden, dass es nicht mehr zu einem Engpass komme und auch erweiterte Projekte sowie Infrastrukturmassnahmen realisiert werden könnten. Es komme schlussendlich nicht nur der Bevölkerung zu Gute, sondern auch den Gemeindefinanzen, wenn auf einem Schulhaus eine Photovoltaikanlage stehen würde. Diese würde in den nächsten 25 bis 35 Jahren zu deutlich tieferen Energiekosten führen. In diesem Sinne werde die Grüne-Fraktion die Unterlagen in der vorgelegten Form annehmen. Sie wünsche sich für die Zukunft, dass darauf besser geachtet werde.

Patrick Rösli erklärt namens der forum-Fraktion, auch sie danke dem Team der Finanzverwaltung für die einwandfreie Aufbereitung der Budgetunterlagen 2019. Er wolle sich kurz fassen. Es stehe gut um die Finanzen der Gemeinde. Anspruchsvoll sei nach wie vor das Spannungsfeld zwischen den berechtigten Ansprüchen unserer Bürgerinnen und Bürger und die zu lösenden Aufgaben der Gemeinde. Der Gemeinderat, die Finanzkommission und die Finanzverwaltung hätten mit den Budgetunterlagen 2019 einen soliden Weg durch dieses Spannungsfeld von Ansprüchen und Finanzierbarkeit gewiesen.

Mit Blick in die Zukunft werde uns vor allem - wie bereits mehrfach gehört - die Entwicklung des Selbstfinanzierungsgrads und somit die Schulden beschäftigen. Es werde dabei den Gestaltungswillen und eine Kompromissbereitschaft benötigt. Das forum schlage bereits jetzt einen ersten Pflock ein. Die Investitionen in unsere Infrastruktur solle Priorität geniessen. Eine Verringerung der Investitionstätigkeit, nur um die Verschuldung zu senken, sei aus Sicht des forums keine Option. Die Investitionstätigkeit möchten sie in den kommenden vier Jahren auf dem geplanten Niveau beibehalten.

Detailberatung Investitionsplan 2018 – 2023

Vorbericht S. 1 - 4

Keine Bemerkungen

Kapitel 0 Allgemeine Verwaltung, S. 8

(Die Zusammenzüge S. 5-7 werden übersprungen)

Keine Bemerkungen

Kapitel 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, S. 8

Keine Bemerkungen

Kapitel 2 Bildung S. 9 + 10

Keine Bemerkungen

Kapitel 3 Kultur, Sport und Freizeit S. 10 + 11

Keine Bemerkungen

Kapitel 5 Soziale Sicherheit S. 11

Keine Bemerkungen

Kapitel 6 Verkehr S. 12 + 13

Keine Bemerkungen

Kapitel 7 Umweltschutz und Raumordnung S. 13 + 14

Keine Bemerkungen

Kapitel 9 Finanzen und Steuern, S. 14

Keine Bemerkungen

Detailberatung Budget 2019

Rechnungslegungsgrundsätze, S. 1

Keine Bemerkungen

Erläuterungen, S. 1 – 4

Keine Bemerkungen

Ergebnisse, S. 5 – 8

Keine Bemerkungen

Erfolgsrechnung, S. 9

Keine Bemerkungen

Investitionsrechnung, S. 10

Keine Bemerkungen

Eigenkapitalnachweis, S. 11

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung nach Funktionaler Gliederung ER

Allgemeine Verwaltung, S. 13 - 15

Keine Bemerkungen

Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung, S. 16 - 18

Keine Bemerkungen

Bildung, S. 19 - 23

Keine Bemerkungen

Kultur, Sport und Freizeit, S. 24 - 28

Die Vorsitzende führt aus, dass Raphael Racine für diesen Bereich einen Antrag eingereicht habe. Es betreffe den Budgetposten 3290.3130.01 (Bundesfeier) auf der Seite 24. Raphael Racine beantrage den Budgetposten Bundesfeier zu streichen. Über den Antrag werde nach Schluss der Voten sofort abgestimmt.

Raphael Racine (SP) führt aus, dass er mit seinem Antrag Symbolpolitik betreibe, dies sei ihm bewusst. Es sei ein mit CHF 17'000.00 ganz kleiner Posten im Gegensatz zu einem Budget von CHF 69 Millionen. Trotzdem sei es Geld, welches seines Erachtens verpulvert werde, ungefähr CHF 20'000.00 pro Jahr. In zehn Jahren wäre dies schon ca. CHF 200'000.00. An der letzten GGR-Sitzung habe es einen Antrag betreffend Beleuchtung gegeben, welche CHF 75'000.00 gekostet habe. Bei dem Betrag handle es sich trotzdem um Geld. Er habe diesen Antrag gestellt, weil er irgendwo zutiefst liberal sei, man glaube es vielleicht gar nicht! Er sei der Überzeugung, dass das Prinzip der Subsidiarität sehr wichtig sei. Was eine kleinere Einheit organisieren könne, müsse eine grössere Einheit nicht erledigen. Die 1. Augustfeier könne man auch privat organisieren. Dafür habe nicht der Staat oder die Gemeinde zu sorgen. Um seine patriotische Gesinnung müsse man sich keine Sorgen machen. Er habe jeweils Fahnen am 1. August auf seinem Balkon. Er wolle nicht den 1. August abschaffen. Im nächsten Jahr werde wahrscheinlich sowieso der Klimawandel die Bundesfeier mit dem Feuerwerk obsolet machen.

Beat Wegmüller führt als zuständiger Gemeinderat aus, dass es klar sei, dass ein Feuerwerk bei den Einen eine grosse Begeisterung auslöse und bei den Anderen auf Missfallen stosse. Manche gingen während dieser Zeit sogar ins Ausland in die Ferien. Der Gemeinderat habe an der GGR-Sitzung vom 22. Mai 2018 zur einfachen Anfrage des forums zum 1. August-Feuerwerk ausführlich Stellung genommen. Bereits im Februar 2018 habe der Gemeinderat, unabhängig der einfachen Anfrage des forums, verschiedene Varianten der 1. Augustfeier geprüft. Folgende Varianten seien diskutiert worden:

- Verzicht auf Feuerwerk
- Beteiligung am Feuerwerk der Stadt Bern
- Reduktion des gemeindeeigenen Feuerwerks

Die Abschaffung der 1. Augustfeier sei jedoch nicht zur Diskussion gestanden. Weil das Feuerwerk, wie er bereits erwähnt habe, bei vielen beliebt sei, habe der Gemeinderat entschieden, weiterhin eine 1. Augustfeier mit Feuerwerk durchzuführen, allerdings in einem reduzierten Umfang. Auf Grund der anhaltenden Trockenheit sei in diesem Jahr kein Feuerwerk durchgeführt worden. Die Teilnehmerzahl an der Bundesfeier sei um zwei Drittel geringer ausgefallen. Er wisse nicht, ob es am Feuerwerk lag, oder ob das trockene Wetter massgebend gewesen sei. Sogar Stadtbernerinnen und Stadtberner kämen für das 1. August-Feuerwerk nach Gümligen, da ihnen die Nähe zum Feuerwerk gefalle.

Im Jahr 2014 habe die Gemeinde aufgrund der angespannten Finanzlage auf die Durchführung einer 1. Augustfeier verzichtet. Viele Bürgerinnen und Bürger seien seinerzeit enttäuscht gewesen und reagierten dementsprechend. Der GGR müsse sich im Klaren sein, dass - wenn der Antrag Racine angenommen werde - keine Bundesfeier stattfinden werde. Dies heisse, keine Möglichkeit zur Verpflegung, kein 1. Augustfeuer und keinen Fackelumzug. Er bitte den GGR, sich dies gut zu überlegen.

Die Vorsitzende führt aus, sie nehme ein gewisses Unverständnis resp. Überraschung des Rates wahr. Der Antrag Racine laute auf Streichung des gesamten Budgetpostens. Der Budgetposten laute auf Bundesfeier, d.h. Bundesfeier inkl. Feuerwerk. Somit würde die gesamte Bundesfeier gestrichen werden. Wenn nur das Feuerwerk gestrichen werden solle, dann müsse ein weiterer Antrag eingereicht werden.

Raphael Racine (SP) führt aus, sein Antrag sei klar. Er wolle die Streichung der ganzen Bundesfeier.

Emanuel Zloczower (FDP) führt aus, dass er mit Genugtuung festgestellt habe, dass Raphael Racine eine liberale Denkhaltung habe. Er sei der Meinung, auch wenn es sich nicht um eine primäre Staatsaufgabe handle, dass ein Feuerwerk und eine 1. Augustfeier für ein Gemeinwesen durchaus identitätsstiftend und wichtig seien. Würde dem Antrag Racine Folge geleistet, und der minimale Budgetposten gestrichen werden, weil es keine Staatsaufgabe sei, so würden im Budget durchaus weitere Posten gefunden werden, welche ersatzlos gestrichen werden könnten, weil sie keine Staatsaufgabe seien. Er denke da zum Beispiel an Kindertagesstätten. Dort könnte auch gespart werden. Er denke, dies wolle niemand, deshalb bitte er, den Antrag abzulehnen.

Andrea Corti (FDP) erklärt, dass er es als etwas eigenartig empfinde, wenn Raphael Racine sage, dass die 1. Augustfeier keine Staatsaufgabe sei und für die Gemeinde auch nicht so wichtig sei. Die 1. Augustfeiern seien in der Schweiz Tradition, so auch in der Gemeinde Muri. Sie werde bereits seit vielen Jahrzehnten durchgeführt. Eltern mit Kindern nähmen teil, es gäbe den Fackelumzug, die Möglichkeit zusammensitzen, zu essen und dann gäbe es noch das Feuerwerk. Offenbar sei die Idee, nicht nur das Feuerwerk zu eliminieren, sondern die ganze Bundesfeier. Er finde das Argument "es sei keine Gemeindeaufgabe" umso komischer, wenn vor kurzem von der SP-Seite ein Vorstoss eingereicht worden sei, dass in der Gemeinde Behältnisse resp. Gestelle aufgestellt werden sollen, damit Leute untereinander Bücher austauschen können. Wenn etwas keine Gemeindeaufgabe sei, dann ja wohl dies. Und wenn etwas auf privater Basis passieren könne, dann ja wohl dies. Es gäbe auch eine Gemeindebibliothek. Mit dieser könne man ja auch etwas in dieser Art und Weise organisieren. Darum verstehe er das Argument nicht, die Bundesfeier sei keine Gemeindeaufgabe. Daher sei er gegen diesen Streichungsantrag.

Eva Schmid (SP) stellt die Frage, ob es möglich sei, einen ad hoc-Antrag einzureichen. Einerseits verstehe sie Raphael Racine, andererseits denke sie, der Geburtstag der Schweiz dürfe durchaus gefeiert werden. Sie sei nicht der Meinung, dass ein grosses Feuerwerk notwendig sei. Ein Fackelumzug, ein Feuer, ein gemütliches Zusammensein und eine Gelegenheit für einen Austausch über unser Land und unsere Demokratie finde sie immer eine gute Chance. Daher frage sie, ob es möglich, sei den Antrag zu stellen, nur das Feuerwerk zu streichen und nicht die ganze Bundesfeier.

Die Vorsitzende erklärt, dass es möglich sei, den Antrag zu stellen und nur das Feuerwerk zu streichen.

Eva Schmid (SP) hält fest, dass sie somit den Antrag stelle, nur das Feuerwerk zu streichen und die Bundesfeier ohne Feuerwerk durchzuführen.

Die Vorsitzende informiert, dass das Feuerwerk CHF 9'000.00 koste und somit bei Annahme des Antrags von Eva Schmid eine Kürzung um diesen Betrag beim Budgetposten Bundesfeier vorgenommen würde.

Gino Brenni (Grüne) führt aus, dass die Grünen ein Interesse daran haben, dass die Luft nicht noch schlimmer verpestet werde. Das Feuerwerk auf dem Gurten sei auch sehr attraktiv. Sie wären auch nicht ganz glücklich, wenn die ganze Bundesfeier gestrichen werden würde. Er sei in der Gemeinde aufgewachsen und habe die Feier jährlich mit viel Freude verfolgt. Die Kinder hätten jeweils auch viel Freude am Umzug und er denke, eine Streichung der Feier wäre nicht im Sinne der Bevölkerung. Tiere und andere Lebewesen leiden unter dem Krach. Wenn es möglich sei, die CHF 9'000.00 zu streichen, würden die Grünen dies unterstützen.

Die Vorsitzende fragt, ob es weitere Wortmeldungen resp. Anträge gebe. Sie stelle fest, dass dies nicht der Fall sei, daher schlage sie vor, dass zuerst die beiden Anträge aus der Ratsmitte einander gegenübergestellt werden. Anschliessend werde der obsiegende Antrag dem Antrag des Gemeinderats gegenübergestellt.

Abstimmung

Antrag Racine, Streichung Bundesfeier:	1	Stimme
Antrag Schmid, Streichung Feuerwerk:	15	Stimmen
Enthaltungen:	14	Enthaltungen (inkl. sinngemässen Enthaltungen)

Die Vorsitzende hält fest, der obsiegende Antrag von Eva Schmid werde nun dem Antrag des Gemeinderats entgegengestellt.

Thomas Hanke informiert, dass das diesjährige Feuerwerk auf Grund der Trockenheit nicht durchgeführt werden konnte. Die Gemeinde sei jedoch vertraglich verpflichtet dieses Feuerwerk zu bezahlen, es sei denn, dass das Feuerwerk im nächsten Jahr durchgeführt werde. Dann werde die diesjährige Nichtdurchführung vom Anbieter offeriert.

Urs Grütter (SVP) fasst zusammen, dass, weil ein Feuerwerk für dieses Jahr bestellt worden sei, dieses jedoch nicht durchgeführt werden konnte, konnte dieses aufs nächste Jahr verschoben werden. Wenn es nächstes Jahr nicht durchgeführt werden könnte, dann müsste es so oder so bezahlt werden. Das Feuerwerk im 2019 sei somit gratis und wenn dieses nun noch abgewürgt werde, sei ein Feuerwerk bestellt aber nicht "gegessen". Wie eine Tonne Früchte die man bestelle und nicht esse. Diese könnten dann auch fortgeschmissen werden.

Eva Schmid (SP) hält fest, dass diese Information nun etwas ernüchternd sei. Man könne nun auch sagen, dass bezahlt werde um die Umwelt nicht zu verschmutzen. Dies sei natürlich ein teurer Preis. Wenn ihr Antrag angenommen werden würde, könne dies als richtungsweisend für die nächsten Budgets verstanden werden.

Die Vorsitzende schreitet zur Durchführung der Abstimmung voran.

Abstimmung

Antrag Gemeinderat:	18 Stimmen
Antrag Schmid:	12 Stimmen
Enthaltungen:	keine

Der Antrag des Gemeinderats auf Durchführung der Bundesfeier inkl. Feuerwerk ist somit obsiegend.

Fortführung der Detailberatung

Gesundheit, S. 29

Keine Bemerkungen

Soziale Sicherheit, S. 30 – 35

Keine Bemerkungen

Verkehr, S. 36 – 38

Keine Bemerkungen

Umweltschutz und Raumordnung, S. 39 – 41

Keine Bemerkungen

Volkswirtschaft, S. 42

Keine Bemerkungen

Finanzen und Steuern, S. 43 – 45

Keine Bemerkungen

Sachgruppengliederung ER

Aufwand, S. 46 – 49

Keine Bemerkungen

Ertrag, S. 50 – 52

Keine Bemerkungen

Abschluss, S. 53

Keine Bemerkungen

Funktionale Gliederung IR HRM 2, S. 54 – 58

Keine Bemerkungen

Budget Feuerwehr Allmendingen - Muri-Gümligen 2019, S. 59

Keine Bemerkungen

Detailberatung Finanzplan 2018 - 2023

Vorbericht, S. 1 – 8

Keine Bemerkungen

Wichtigste Ergebnisse S. 9

Keine Bemerkungen

Zusammenzug der Erfolgsrechnung nach Funktionen, S. 10

Keine Bemerkungen

Erfolgsrechnung nach Sachgruppen, S. 11

Keine Bemerkungen

Planbilanz, S. 12

Keine Bemerkungen

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Christian Spycher noch von Thomas Hanke verlangt.

Die Vorsitzende erklärt, die Beschlüsse zu lit. B würden dem fakultativen Referendum unterliegen und es somit wichtig sei, dass das Abstimmungsergebnis genau festgehalten würde.

Weiter weist sie darauf hin, dass gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung die Beschlüsse der Zustimmung der Mehrheit aller Ratsmitglieder, also 21, bedürften.

Zwischenzeitlich wohnt ein weiteres GGR-Mitglied der Sitzung bei.

Beschluss

A) Investitionsplan 2018 – 2023 (31 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)
- Genehmigung des Investitionsplans 2018 – 2023

B) Budget 2019 (31 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

1. Genehmigung der Steueranlagen für das Jahr 2019 (unverändert):
 - Ordentliche Steueranlage: das 1,20-fache der gesetzlichen Einheitsansätze
 - Liegenschaftssteuern: 0,7 ‰ der amtlichen Werte;
2. Genehmigung der Feuerwehropflichtersatzabgabe mit 2 % des Kantonssteuerbetrags, mindestens CHF 100.00, maximal CHF 450.00;
3. Für generelle und individuelle Besoldungsanpassungen werden im Budget 2019 insgesamt maximal 1,0 % zur Verfügung gestellt;
4. Das Budget 2019 wird genehmigt bestehend aus:

	Aufwand Gesamthaushalt	CHF	69'386'300
	Ertrag Gesamthaushalt	CHF	69'120'700
	Aufwandüberschuss	CHF	- 265'600
davon	Aufwand Allgemeiner Haushalt	CHF	67'558'000
	Ertrag Allgemeiner Haushalt	CHF	67'471'300
	Aufwandüberschuss	CHF	- 86'700
	Aufwand Abfall	CHF	1'828'300
	Ertrag Abfall	CHF	1'649'400
	Aufwandüberschuss Abfall	CHF	- 178'900

C) Finanzplan 2018 – 2023 (31 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)
- Kenntnisnahme des Finanzplans 2018 – 2023

4 Sanierung Haldenweg; Verpflichtungskredit

Die Vorsitzende verweist auf die vorliegenden Unterlagen.

Emanuel Zloczower führt namens der GPK aus, dass das Geschäft in der GPK behandelt worden sei. Die GPK empfehle dem Grossen Gemeinderat einstimmig die Behandlung des Geschäfts. Die Anwohnenden seien am 16. Oktober 2018 über das Projekt informiert worden und es habe keine Opposition gegeben. Die öffentliche Beleuchtung sei in das Projekt integriert worden, da der GGR in der Vergangenheit der Umrüstung auf energieeffizientere LED Beleuchtung wohlwollend gegenübergestanden sei.

Markus Bärtschi verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Die Vorsitzende verweist darauf, dass gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung der Beschluss der Zustimmung der Mehrheit aller Ratsmitglieder, also 21, bedürfte.

Beschluss (einstimmig)

Sprechung Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 360'000.00 inkl. MWST.

5 **Postulat forum betreffend Risikominimierung Pensionskasse; Zwischenbericht**

Die Vorsitzende verweist darauf, der Zwischenbericht liege schriftlich vor.

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf eine Ergänzung.

Patrick Rösli (forum) führt aus, die vom Stiftungsrat erarbeitete Bewertung zu "Pro" und "Contra" einer Selbständigkeit der Vorsorgeeinrichtung sei gut konzipiert und fundiert durchgeführt worden. Die Haltung des Stiftungsrats, nicht vorschnell nach einer neuen Vorsorgelösung zu suchen, werde mit dem vorliegenden Zwischenbericht gestützt. Gerne hebe er drei Punkte aus dem Zwischenbericht hervor.

1. Sie würden die Meinung des Stiftungsrats, die finanzielle Sanierung im Moment mit Vorrang zu betreiben, unterstützen.
2. Sie würden die Meinung des Stiftungsrats, parallel zur Sanierung die Suche nach einer neuen Vorsorgelösung weiterzuverfolgen, unterstützen.
3. Sie würden die Meinung des Stiftungsrats, das Modell einer Vollversicherung nicht mehr anzustreben, unterstützen.

Fazit: Er bedanke sich beim Stiftungsrat für den umfassenden und stimmigen Zwischenbericht. Er nehme ihn im Namen aller Postulanten ohne Vorbehalte zur Kenntnis.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zum Postulat forum betreffend Risikominimierung Pensionskasse wird Kenntnis genommen.

6 **Postulat Racine (SP): "Nimm eins, bring eins": Ja zu offenen Bücherschränken; Zwischenbericht**

Die Vorsitzende verweist darauf, der Zwischenbericht liege schriftlich vor.

Beat Wegmüller verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf eine Ergänzung.

Raphael Racine (SP) führt aus, er habe den Zwischenbericht erfreut zur Kenntnis genommen. Es freue ihn, dass das Projekt auf dem Weg sei und vor allem, dass Patricia Gubler von der Gemeindebibliothek für das Projekt offen sei. Zudem habe die Kulturkommission offenbar einen sehr guten Eindruck über das Projekt. Er denke, es sei eine sehr harmonische Lösung, dass ein Bücherschrank in Gümligen und einer in Muri stehen werde. Zusammen werden diese Bücherschränke wohl auch nicht mehr als CHF 17'000.00 kosten. Sie seien weniger laut und werden nicht nur für zehn Minuten benutzt werden. Dies sei etwas für das ganze Leben. Daher empfinde er Kulturförderung als primäre Staatsaufgabe.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zum Postulat Racine (SP): "Nimm eins, bring eins": Ja zu offenen Bücherschränken wird Kenntnis genommen.

7 Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

Es werden keine Informationen mitgeteilt.

8 Neue parlamentarische Vorstösse

Es werden keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingereicht.

Mitteilungen

Die Vorsitzende informiert, dass seitens der SP-Fraktion ein Vorschlag bezüglich Protokollführung im GGR eingegangen sei. Eva Schmid habe namens der SP-Fraktion den Vorschlag gemacht, dass die Protokolle statt wie bisher in indirekter Rede neu in direkter Rede abgefasst werden sollten. Die SP verspreche sich davon zum einen eine Vereinfachung, zum anderen weniger Interpretationsspielraum der protokollführenden Person. Dies da keine einleitenden Verben wie "sagt, meint, erklärt, wendet ein" etc. mehr gewählt werden müssten. Das Büro des GGR habe entschieden, dass der Vorschlag in den Fraktionen besprochen werden solle. Daher bitte sie um eine kurze Rückmeldung bis spätestens am 16. November 2018 per Mail an herren.jenniferandrea@gmail.com. Je nach Rückmeldung aus den Fraktionen werde die Idee per 01. Januar 2019 umgesetzt.

Weiter informiert sie, die nächste Sitzung werde am 20. November 2018 stattfinden. Der heutige Imbiss im Nebenraum werde von der FDP und SVP bereitgestellt.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

Jennifer Herren

Corina Bühler